



Mietwucher



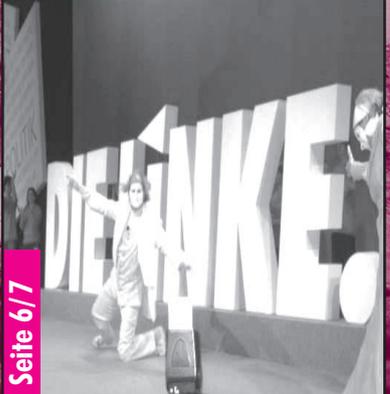
Seite 2/3

Würde



Seite 4/5

Streitbar



Seite 6/7

Aus BVV und Ausschüssen

Und nun das Wetter



Es ist der 3. März und der Winter hatte die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) fest im Griff: Schon bei den mündlichen Anfragen stand die Schneebeseitigung auf der Tagesordnung. Die zuständige Stadträtin Christine Keil (DIE LINKE) berichtete, dass die Winterdienstfirmen die Verträge nicht eingehalten haben. Das Amt musste mehrfach Nachbesserung anmahnen. Die kurzfristige Kündigung der Verträge wurde nicht vorgenommen, weil alle Unternehmen total überfordert dem Eis gegenüberstanden und neue Verträge wegen Haftungsfragen nicht schnell genug abgeschlossen werden konnten. Bürgermeister Köhne (SPD) berichtete anschließend Positives zum Thema. Er bedankte sich ausdrücklich beim Technischen Hilfswerk für die verschiedenen Eis-Einsätze im Bezirk. Er informierte die BVV, dass der Rat der Bürgermeister die Konsequenzen der mangelnden Schneebeseitigung für die gesamte

Stadt auf die Tagesordnung einer Innenausschusssitzung des Abgeordnetenhauses setzen ließ.

Neben der Eröffnung der Musikschule in der Bizetstraße 27 Mitte Februar berichtete Köhne zudem über die Einweihung der Hochgewächshäuser in der Botanischen Anlage Blankenfelde.

Außerdem beschloss die BVV gegen die Stimmen der LINKEN die Aufhebung der Haushaltssperre in Bezug auf die Einführung der unter Datenschutzgesichtspunkten sehr problematischen RFID-Technik in den Pankower Bibliotheken. RFID ist eine Funkfrequenztechnik, die der Identifikation sowie Lokalisierung von Gegenständen dient und die Datenspeicherung erheblich erleichtert. Durch den versteckten Sender ist aber das informationelle Selbstbestimmungsrecht gefährdet. Statt Datenkraken zu erzeugen, plädiert DIE LINKE doch eher für den herkömmlichen Bibliotheksausweis. Dann hatte uns der Winter wieder

- mit einem Antrag der CDU zum Schlaglochsaniierungsprogramm für die Bezirke und zwei Anträgen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu „Konsequenzen aus dem mangelhaften Winterdienst ziehen und Gefahren durch Schnee- und Eisreste für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen beseitigen“. In der Diskussion wurden immer wieder Haftungsfragen erörtert und mit der Formel der „organisierten Unzuständigkeit im Straßenreinigungsgesetz“ umschrieben. Hoffen wir auf den Innenausschuss des Abgeordnetenhauses, hoffen wir auf einen schnellen Frühling.

Katrin Maillefert
Bezirksverordnete



Mietpreistreiber



Alle freuen wir uns, wenn sich im persönlichen Leben etwas zum Positiven verändert. Endlich sollen Haus und Mietwohnung modernisiert werden. Der Vermieter verschickt Modernisierungsankündigungen. Aber was ist das?

So passiert vor wenigen Wochen bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften HOWOGE in Berlin-Buch und GESOBAU in der Breiten Straße am Rathaus Pankow. Nach Modernisierung soll die Miete ohne Heiz- und Betriebskosten enorm ansteigen - in einer 50 qm Wohnung von 4,50 auf 7,50 Euro. Das liegt bedeutend über dem Mietspiegel, der 5,04 Euro ausweist. Die GESOBAU erhöht schon seit Jahren die Mieten ohne bedeutende Wohnraumwertverbesserung. Nun übersteigen die Mieten schon jetzt den Mietspiegel, so dass die Modernisierungskosten nicht mehr rein passen. Es kann doch nicht sein, dass städtische Wohnungsbaugesellschaften Mietpreistreiber sind!

In Berlin sollen sie eigentlich geeig-

neten Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch für einkommensschwache und benachteiligte Haushalte, bereithalten. Sie sollen Mieterhöhungen aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen an der ortsüblichen Vergleichsmiete, also am Mietspiegel, ausrichten.

Mit den überzogenen Modernisierungsankündigungen in der Hand wandten sich die Mieter aus Buch und der Breiten Straße hilflos an die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Andere Mieter, denen die angekündigte Miete zu teuer gewesen wäre, haben gekündigt.

Gemeinsam mit der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus und Bezirksstadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) konnten wir eine Lösung erreichen. Durch öffentlichen Druck in der Stadt, durch Gespräche mit Mietern und der Geschäftsführung der HOWOGE wurden die Modernisierungsankündigungen und Klagen zurückgezogen sowie die Rücknahme von bereits erfolg-

ten Kündigungen akzeptiert. Auch die GESOBAU nahm ihre Modernisierungsankündigungen Mitte März zurück.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass vor Modernisierungen durch die Wohnungsbaugesellschaften allen Mietern eine individuelle und kostenfreie Mieterberatung angeboten wird. In Wohnungen von Hartz IV- und Grundsicherungsempfängern darf die Miete nach der Modernisierung die Werte der Wohnkostenrichtlinie nicht übersteigen, um Zwangsumzüge zu vermeiden.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter



Man kennt sich eben

Berliner Baufilz

Ende 2009 bescherte die städtische Wohnungsbaugesellschaft Howoge vielen Bucher Mietern mit Modernisierungsankündigungen und damit Mietenexplosionen ein unruhiges Fest. Viele fragen, wieso hat das Land Berlin als Gesellschafter so etwas zugelassen? Der Bucher Protest beförderte auch Verstrickungen der Howoge und des in Buch direkt gewählten SPD-Abgeordneten und Bauentwicklers Ralf Hillenberg zu Tage. Baufilz oder nicht – darüber sprach extraDrei mit Uwe Doering, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:

Uwe, ist die Howoge profitgierig?

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben den Auftrag, kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der Senat muss sich überlegen, ob dieser Anspruch mit Renditeerwartungen an die städtischen Wohnungsgesellschaften in Übereinstimmung zu bringen ist. In Buch hat die Howoge die angekündigten Mieterhöhungen mit der bevorstehenden energetischen Sanierung begründet. Diese werde zwar die Betriebskosten senken, aber gleichzeitig durch eine Modernisierungumlage die Kaltmiete erhöhen. Für mich ist dabei wesentlich, dass eine städtische Gesellschaft folgende Kriterien beachtet: Die Sanierung muss für die Mieterinnen und Mieter sozialverträglich sein, der Mietspiegel ist einzuhalten, eine Warmmieten-Neutralität ist anzustreben.

Die Howoge ist nach öffentlichen Protesten zurückgerudert. Was erwartet die Bucher Mieter nun?

Die Howoge hat in ihrer ersten

Ankündigung Fehler gemacht. Sie hat den Mieterinnen und Mietern mitgeteilt, was alles so möglich ist, ohne zu differenzieren, was sie bezogen auf die einzelnen Wohnungen vorhat. Sie ist auch nicht auf die Wünsche der Mieterinnen und Mieter eingegangen. Inzwischen wurden auch auf Grund der Proteste die Modernisierungsankündigungen zurückgezogen.

Wie kann es geschehen, dass kommunale Wohnungsbaugesellschaften sich nicht ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind?

Im Grunde sind sie sich dessen bewusst. Aber es gibt Ausnahmen, wo Geschäftsführungen offenbar nicht immer ganz klar ist, dass sie nicht wie Private am Wohnungsmarkt operieren können. Das Vorgehen der Howoge in Buch hat mich wirklich überrascht, da die Howoge zum Beispiel in Lichtenberg einen sehr guten Ruf genießt. Warum dieser Ruf so in Frage gestellt werden konnte, muss noch geklärt werden.

Wer kontrolliert denn die Wohnungsbaugesellschaften?

Das tun Aufsichtsräte und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften. Im Aufsichtsrat ist der Senat vertreten. Außerdem hat der Senat mit jeder einzelnen städtischen Wohnungsbaugesellschaft Zielvereinbarungen abgeschlossen, die allerdings der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Dieses Verfahren muss transparenter werden. Wir müssen uns stärker als bisher die Frage stellen, welche Aufgaben städtische Wohnungsbaugesellschaften haben.

In der Öffentlichkeit sieht es so aus, dass die Ex-Geschäftsführer der Howoge, beide SPD-Mitglieder, dem Parteifreund und Baumentwickler Hillenberg seit Jahren lukrative Aufträge zur Sanierung von Wohnungen zuschanzten - ohne vorgeschriebene Ausschreibung.

Die aktuellen Vorgänge bei der Howoge in Buch haben gezeigt, dass es offensichtlich seit Jahren zu einer Direktvergabe von Aufträgen

gekommen ist, ohne dass vorher Vergleichsangebote eingeholt wurden. Der Abgeordnete Hillenberg kommentierte diesen Vorgang mit der Bemerkung „Man kennt sich eben.“ Er musste nicht nachweisen, ob er das wirtschaftlich günstigste Angebot unterbreitet. Nach Bekanntwerden dieser Vorfälle hat der Senat schnell gehandelt. Er hat die verantwortlichen Geschäftsführer gekündigt. Ralf Hillenberg hat die SPD-Fraktion verlassen.

Sind bisher weitere Vergabe-rechtsverstöße von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften bekannt geworden?

Nein, bisher nicht. Aber wir werden genauer hinschauen und prüfen.

Und wie geht's jetzt weiter mit diesem Thema im Senat und Abgeordnetenhaus?

Beim „Fall Hillenberg“ wurde wieder einmal deutlich, wie schnell Abgeordnete in Interessenkonflikte geraten können. Sie arbeiten an Gesetzen und Verordnungen mit, bei denen sie selbst oder ihr berufliches Umfeld zu den Nutznießern gehören können. Das erfordert von ihnen ein hohes Verantwortungsbewusstsein. Das Abgeordnetenhaus muss die Transparenzregeln noch einmal unter die Lupe nehmen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, wer im Parlament wessen Interessen vertritt.

Interview:
Sandra Brunner



ÖBS-Tour 2010

Arbeit statt Arbeitslosigkeit



Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) in Berlin, der von den LINKEN im Koalitionsvertrag mit der SPD durchgesetzt wurde, bietet Langzeitarbeitslosen ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis und gleichzeitig wird darüber gesellschaftlich notwendige Arbeit organisiert. Die

Beschäftigten im ÖBS werden nach Tarifverträgen bzw. ortsüblicher Bezahlung entlohnt, sie müssen aber mindestens 7,50 Euro die Stunde verdienen – das sind mindestens 1.300 Euro im Monat. Für den ÖBS werden die arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Bundes genutzt, mit Landesmitteln wird auf die je-

weilige Lohnhöhe aufgestockt.

Der ÖBS in Berlin startete 2006 und konnte nach langen Verhandlungen mit der Bundesregierung und der Arbeitsagentur Berlin-Brandenburg im August 2007 weiter ausgebaut werden. Seitdem konnten über 7.500 Arbeitsplätze in etwa 1.000 Projekten geschaffen werden

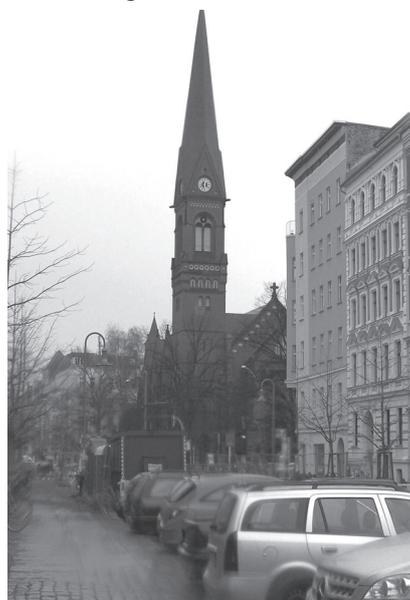
Nach Abwicklung neue Chance

Immanuelkirchstraße 8 im Prenzlauer Berg: Auf den ersten Blick ein Internet-Café. Menschen sitzen an Computern, andere beugen ihre Köpfe über Papiere oder reden.

Hier, im Jugend- und Bildungsservice, finden Jugendliche Unterstützung beim Bewerben, beim Überlegen, was sie überhaupt machen wollen - und zwar von einer Frau, die weiß, wie es ist, jahrelang keine Chance zu haben. Sie arbeitet heute auf einer ÖBS-Stelle und gibt ihr Wissen und ihre Erfahrungen weiter. Die Computer-Schulungen macht ein promovierter Historiker (58). Er wurde Anfang der neunziger Jahre arbeitslos, sattelte auf Computer um, aber einen Job im ersten Arbeitsmarkt gab es nicht.

Eine Seniorengruppe kommt regelmäßig ins Café. Sie erschließen sich hier die Welt des Internets, wissen was twittern ist, können chatten und

kennen die Debatten um Informationsfreiheit. Sie bleiben kommunikationsfähig in der modernen Welt, auch so organisiert sich soziale Teil-



habe. Herr A. (62) ist für die Wartung der Computer zuständig. Der Diplomingenieur, seit der Wende immer wieder arbeitslos, ist jetzt im ÖBS. „Ein Riesenvorteil gegenüber all den anderen Maßnahmen ist die persönliche Unabhängigkeit“, sagt er. Er findet, der ÖBS muss weiter gehen. Die Arbeitslosigkeit müsse doch sowieso finanziert werden.

Frau A., auch sie war lange arbeitslos, arbeitet in der daneben liegenden Bibliothek. Sie organisiert, gemeinsam mit einer gehörlosen Kollegin, Lesungen für hörende und nicht-hörende Kinder.

Die gehörlose Kollegin, die auch die Daten der Bücher eingibt, hat auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance. Hier kann sie ihre Stärken einbringen, die der Gesellschaft sonst verloren gingen.

Elke Breitenbach

Mitglied des Abgeordnetenhauses

Richtig schön: Oase



In der OASE Pankow, dem multikulturellen Haus in der Schönfließer Straße 7 im Prenzlauer Berg, arbeiten viele Menschen im ÖBS, und zwar in verantwortungsvollen Tätigkeiten zu einem Tariflohn zwischen 1.300 und 2.400 Euro monatlich.

Johann C., in der DDR einst Bauingenieur, hat ein Teil der Organisation des Hauses unter sich. Hier in der Oase ist eine Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus genauso angesiedelt wie die Sozialberatung für Flüchtlinge, Deutschkurse, die Stelle „Ankommen“ für junge Flüchtlinge, die Stiftung dragondreams – Hilfen für Kinder- und Jugendprojekte. Sie „lässt“ unter anderem Bücher „frei“, in der Hoffnung, dass sie nach Lektüre zurück

kommen oder an einem anderen Ort dann frei verfügbar sind.

Herr S. freut sich über seine ÖBS-Stelle. Er macht Sozialberatung, insbesondere für Migrantinnen und Migranten. Und seine Kollegin an der Rezeption hat die Organisations- und Terminplanung in der Hand. Sie ist froh, nicht mehr zu Hause sitzen zu müssen.

Herzstück des Hauses ist ein Café. Dort ist der wichtigste Treffpunkt für die Beschäftigten der OASE, die Besucherinnen und Besucher der Kurse, und es ist Veranstaltungsort. Andreas P., gelernter Koch und lange arbeitslos gewesen, organisiert das Café mit seinen beiden Kolleginnen selbstständig. „Wir bauen das hier richtig schön auf“, freut er

sich. Zurzeit wird die Küche umgebaut. Künftig wird es also mehr als Bockwurst geben - nämlich „richtig gutes Essen“.

Wolfgang T., auch ein „ÖBS'ler“, organisiert die Verwaltung der Stiftung und die gesamte Öffentlichkeitsarbeit. Ohne ihn würde es das nicht geben und Pankow würde vieles fehlen.

Katina Schubert

Referentin der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales



Hartz IV verfassungswidrig

Regelsätze rauf

Der Begriff Hartz IV steht für Vorurteile, Diskriminierung, Leben am Limit und oft darunter. Sogar das Bundesverfassungsgericht stellte fest: Die Regelsätze gewährleisten kein menschenwürdiges Leben. Darum muss noch in diesem Jahr ein neues Gesetz auf den Tisch. extraDrei fragte Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender der LINKEN:

Welche realistischen Vorschläge macht DIE LINKE, um Regelsätze neu zu bestimmen?

Es gibt ausreichende Untersuchungen und Berechnungen für eine Neubestimmung der Regelsätze. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat erst Anfang des Jahres auf dieser Grundlage deren sofortige Erhöhung auf 440 Euro gefordert. DIE LINKE hat in ihrem Bundestagswahlprogramm eine Erhöhung auf 500 Euro bis zum Jahr 2013 gefordert. Da liegen wir dicht beieinander. Wichtiger als neue Vorschläge ist es, den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen.

Der Forderung nach Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro halten die bürgerlichen Parteien entgegen: Das ist anstrengungsloser Wohlstand, eine Ohrfeige für die, die durch Arbeit wenig Geld verdienen.

Mich erinnert das an den Spruch von Marie Antoinette: „Wenn das Volk kein Brot hat, soll es doch Kuchen essen.“ Da hatte auch jemand komplett den Bezug zur Lebensrealität der Menschen verloren. Der wirkliche Skandal ist doch, dass in diesem Land viele Menschen trotz Vollzeitarbeit von ihrem Lohn nicht leben können und der Staat einspringen muss, um das Existenzminimum zu sichern. Wer wirklich will, dass Arbeit sich wieder lohnen soll, der muss flächendeckende gesetzliche Mindestlöhne einführen, die Einkommen oberhalb des ALG II sichern.

Kannst Du auf Anheb die Höhe des Hartz IV-Satzes nennen?

Ja, 359 Euro für einen Erwachsenen, 287 Euro für Jugendliche, die

zwischen 14 und 18 sind, 251 Euro für 6- bis 14jährige und 215 Euro für unter 6jährige. Gerade die Sätze für Kinder sind ein schlechter Witz, weil deren spezifischer Bedarf nicht erfasst wird.

Hast Du selbst schon einmal finanzielle Not gelitten?

Wirkliche Not sicher nicht. Aber während meines Studiums musste ich mir schon etwas hinzuverdienen. Auf großem Fuß leben, war da nicht drin. Aber ich kam hin.

Interview: Gisela Blank



Kinder, Kinder

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Das Existenzminimum von Kindern muss anhand ihrer eigenen Bedürfnisse gesichert werden. Ihre Regelsätze im ALG II müssen neu und eigenständig berechnet werden. Derzeit sind sie in zweifacher Hinsicht mit der Verfassung unvereinbar. Zum einen sind sie prozentual vom Regelsatz der Erwachsenen abgeleitet, zum anderen wurden ganze Ausgabenblöcke bei der Berechnung des Regelsatzes nicht einbezogen.

Das Gericht hat klargestellt, dass alle Menschen ein Recht auf Teilhabe an Bildung haben, dieser Anspruch gilt insbesondere für die Kinder.

Die Bundesregierung antwortete darauf mit einer neuerlichen Debatte um Gutscheine und niedrigere Regelsätze. Bei solchen Forderungen schwingt mit, dass Familien, die ALG II beziehen, nicht mit Geld umgehen könnten. Sie bergen die Gefahr, dass die Politik sich bei der Sicherstellung einer flächende-

ckenden und qualitativ hochwertigen Bildungsinfrastruktur aus der Verantwortung stiehlt. Durch die Hintertür soll Bildung privatisiert werden. Den Versuch dazu gab es schon beim Ausbau der Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen. Das ist Bildungspolitik nach Kassenlage und nicht im Sinne einer bestmöglichen Förderung aller Kinder. Schon jetzt beeinflusst Armut den Bildungserfolg massiv.

Der Bund muss für den Zugang zu Bildung Verantwortung übernehmen, wo er die Länder und Kommunen bisher allein gelassen hat. Gutscheine sind nichts als eine billige Lösung für ein billiges Vorurteil.

Wer Armutsbekämpfung ernsthaft angehen will, darf nicht mit einfachen Lösungen hantieren, die am Ende nur der Kostenersparnis dienen. Wir brauchen alles zusammen: Eine Sozialpolitik, die das Existenzminimum sichert, eine Investitionspolitik, die jedem – vor allem Kindern – den Zugang zu Bildung und Kultur ermöglicht und eine

Arbeitsmarktpolitik, die Erwerbstätige nicht zu Aufstockern macht. Gemeinsam mit Sozialverbänden und vielen Initiativen wird sich DIE LINKE in den nächsten Monaten weiter dafür stark machen, dass das Urteil im Sinne der von Hartz IV Betroffenen umgesetzt wird.

Diana Golze

Mitglied des Bundestages



DIE LINKE - Programm und Strategie

Streitbar

Die Programmkommission der LINKEN hat im März ihren Programmwurf veröffentlicht. Nun sind alle aufgefordert mitzudiskutieren, die sich einer linken

Programmatik nahe fühlen und die damit verknüpfte Strategie-debatte mitführen wollen. extraDrei begleitet diese Debatte und wir beginnen deshalb mit der

vielseits diskutierten Frage: Darf DIE LINKE Regierungsverantwortung in Bund und Ländern übernehmen und wenn ja, gibt es dafür starre Kriterien?

Mitgestalten

Ausgehend davon, dass wir jetzt in einem kapitalistischen System leben und wir angetreten sind, diese Gesellschaftsform zu überwinden, war ich zunächst nicht für eine Beteiligung der LINKEN an einer Regierung. Dies erschien mir als eine Negierung der Zielstellung unserer Partei, ein neues Gesellschaftssystem zu entwickeln. Eine Koalition erschien mir wie ein Verrat an unseren Idealen. Das wird die Mehrzahl der LINKEN aus den alten Bundesländern, die einen anderen historischen Werdegang hinter sich haben, wahrscheinlich anders sehen. Allerdings zeigt sich - realistisch betrachtet - auch, dass in einem noch langen Zeitraum eine Überwindung des kapitalistischen Systems als nicht möglich erscheint.

Aber die herrschende bürgerliche Demokratie und die gesellschaftlichen Strukturen kann und soll DIE

LINKE nutzen, um Alternativen aufzuzeigen. Die Maßnahmen im Rahmen von Regierungsbeteiligungen auf kommunaler und Länderebene zeigen, dass sie willens und fähig ist, die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzugestalten und positive Ergebnisse für alle Bürger zu erreichen.

So sind die Sicherung und Verbesserung des Sozialbereichs, die Gestaltung eines neuen Bildungssystems, die Verhinderungen von Privatisierungen im kommunalen Sektor, die Verbesserung der Infrastrukturen und die Schaffung von Arbeitsplätzen und vieles andere mehr Betätigungsfelder für linke Politik. Auch auf Bundesebene in der Opposition müssen von der LINKEN Alternativen zur neoliberalen Politik der jetzt regierenden Parteien entwickelt und vertreten werden. Die Ablehnung militärischer Einsätze in Afghanistan und

im gesamten globalen Bereich, die Schaffung von breiteren Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung an der Gestaltung der Gesellschaft, der Kampf gegen die Verschlechterungen der sozialen Situation, die Einführung von Mindestlöhnen, die Absenkung des Renteneintrittsalters, eine gerechte Steuerpolitik, sind Möglichkeiten die negativen Auswirkungen der neoliberalen Politik einzuschränken. Durch die Regierungsbeteiligungen kann DIE LINKE das „Regieren“ lernen und muss eine größere Breitenwirkung ihrer Politik durch das Nutzen der bürgerlichen Demokratie erreichen. Als Bestätigung empfinde ich, dass dort, wo DIE LINKE in den einzelnen Ebenen mitarbeitet, ihr Einfluss zu spüren ist und die Wahlergebnisse eine positive Tendenz aufweisen

Wolfgang Goworek
BO Gymnasium

Das Unmögliche

DIE LINKE regiert in Berlin und nun in Brandenburg. Auch in Mecklenburg-Vorpommern war sie in Koalition mit der SPD in Regierungsverantwortung. Auf der Basis ausgehandelter Koalitionsverträge wurden wertvolle Beiträge zur Landespolitik geleistet. Dennoch gingen in den nachfolgenden Wahlen Wählerstimmen verloren.

Die Diskussion um das Ja zum Mitregieren hat deshalb nie ganz aufgehört. Weil Vorhaben der LINKEN in einer Legislaturperiode selten verwirklicht werden konnten und auch die Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner zu selten sichtbar gemacht wurden. Daraus entstand die Forderung, die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner auf der Grundlage von einheitlichen Kriterien zu gestalten.

Genannt wird oft: Jede Entscheidungstätigkeit in Regierungsverantwortung muss den Wählerwillen zum Inhalt haben. Hier beginnen schon Probleme. In Länderparlamenten gibt es ja nicht nur die koalierenden Parteien. Jede Partei hat ihre Wähler – folglich gibt es keinen einheitlichen Wählerwillen. Es muss nach Mehrheiten gesucht werden. Und das ist ein weites Feld, denn alle Parteien haben ihre eigenen Ziele.

Für DIE LINKE sind Arbeitsplatzsicherung, ein hohes Bildungsniveau für alle, Mindestlohn für viele Bürger Lebensfragen. Aber keineswegs von einheitlichen Standpunkten aus. Mit wem sich verbünden? Denn selbst der Koalitionspartner, SPD, steht selten zu linken Forderungen. Bei der Lebensforderung, keine Be-

teiligung an militärischen Auseinandersetzungen, gibt es keine Übereinstimmung. Damit wird das ganze Dilemma deutlich.

Die Forderung nach einheitlichen Kriterien fürs Regieren ist nicht erfüllbar. Es kann nur darum gehen, linke Standpunkte, die für jeden Genossen gelten, im Parteiprogramm zu formulieren. Sie sind die strategischen Eckpunkte für jeden Abgeordneten unserer Partei. Sie bestimmen die Grenzen für das Mitregieren. Regierungstätigkeit ist immer auf konkrete Entscheidungen gerichtet. Die Berufung auf fehlende Alternativen oder das Feilschen von Fall zu Fall sollten vermieden werden. Helfen wird dabei die Partei als Ganzes kaum.

Klaus Flemming
BO Gymnasium



LINKE -Programmwurf ist draußen

Endlich

Möge die Debatte beginnen. Schon die ersten Reaktionen machen deutlich, dass es mindestens zwei Strömungen in der Partei gibt: Für die einen ist der Programmwurf kaum noch verbesserungsbedürftig, konsequent antikapitalistisch und radikal in der Positionierung gegenüber den anderen, als neoliberal gebrandmarkten Parteien. Der große Aufschlag zur Vergesellschaftung weiter Teile der Wirtschaft findet hier Unterstützung. Auf der anderen Seite melden sich Stimmen, die den Entwurf für unterkomplex halten und die Frage aufwerfen, ob Privateigentum tatsächlich nur aus einer Problemsicht reflektiert werden darf und ob es politisch hilfreich ist, sich selbst zum alleinigen Rächer der Erben zu erklären, allen anderen aber Devotheit gegenüber den Wirtschaftsmächtigen zu unterstellen. Dazu kommen Detailkommentare, wie etwa, dass die Landwirtschaft zu kurz komme, neue Arbeitsfor-

men vernachlässigt würden und die Energiewende nicht intensiver in den Blick genommen werde. Das alles sind spannende Fragen und tatsächlich sollten wir mit dem jeweils Andersdenkenden diskutieren, um uns nicht in Trutzburgen hineinzudebattieren. Es führt wahrscheinlich weiter, unter der Annahme miteinander zu diskutieren, dass möglicherweise man selbst derjenige ist, der irrt, und den anderen nur noch nicht verstanden hat. Zumindest das Bemühen, die Herleitung der Abweichung in der Anschauung des anderen zu verstehen, sollte uns bei der Diskussion begleiten. Dann wird es mehr als ein Kampf der Anschauungen und



die Programmdiskussion könnte zum Zusammenwachsen der Partei einen wirkungsvollen Beitrag leisten. Das wünsche ich mir in Pankow, in Berlin und bundesweit.

Es wird uns mit Blick nach vorn auch gar nichts anderes übrig bleiben. Wer erlebt hat, wie das vermeintliche Volkseigentum zur organisierten Verantwortungslosigkeit führte, hat einen anderen Zugang zur Eigentumsfrage, als jene, die nichts als die kapitalistische Profitwirtschaft kennen. Dies gilt es transparent zu machen.

Denn es sind nicht immer nur die logischen Herleitungen, die uns zu unseren Überzeugungen führen, sondern oft viel stärker der biographische Hintergrund. Sind wir hierin ehrlich miteinander, können wir ohne Schaum vorm Mund mit Interesse an den Überzeugungen der anderen nach den tragenden Gemeinsamkeiten suchen.

Sören Benn
Bezirksvorsitzender



Viel zu tun

extraDrei sprach mit Sandra Brunner, Stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE Pankow über die Aufgaben für 2010/11:

Was hat sich der im November 2009 neu gewählte Bezirksvorstand für 2010/11 vorgenommen?

Wir haben gemeinsam mit der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kommunalpolitische Schwerpunkte gesetzt. Die Botschaft ist: DIE LINKE ist Garant für soziale Teilhabe im Bezirk. So stehen wir u.a. für den Erhalt der und Zugang zu Musik-, Volkshochschulen und Seniorenfreizeitstätten.

Außerdem haben wir einen Fahrplan zur Vorbereitung der Wahlen 2011 zum Abgeordnetenhaus und BVV verabredet, aus denen wir gestärkt hervorgehen wollen.

Welche Aktivitäten plant der Bezirksvorstand für die bevorstehende Programmdiskussion?

Oh, eine Menge. Zunächst, ich bin überzeugt, dass die Parteiba-

sis – ob mit oder ohne Vorstände – diskutiert und ihre Vorschläge an die Programmkommission sendet. Und jetzt erst recht, wo der Programmwurf vorliegt.

Insbesondere die Dissense, zum Beispiel, ob wir Regierungseteiligungen konditionieren oder den Kapitalismus in einem transformativen Prozess überwinden wollen, müssen debattiert werden. Als Vorstand unterstützen wir die Diskussion, in dem wir die Programmmaterialien, einen Referentenpool zur Verfügung stellen und Zuarbeiten aus der Basis systematisieren. Wir führen zwei Hauptversammlungen zum Programm durch. Eine im Herbst, die in eine Meinungsäußerung der LINKEN Pankow münden soll, und eine im nächsten Jahr vor der Programmverabschiedung.

Wie ist Deine Position angesichts so mancher Auseinandersetzungen in der LINKEN?

Die Personalquerelen zum Jah-

resbeginn waren eine Krise der Führung, keine Krise der Partei. Gut ist, dass die Parteibasis mit dem Mitgliederentscheid endlich zu Wort kommt. Ob die Verdoppelung aller Spitzenpositionen der Weisheit letzter Schluss ist, werden wir sehen.

Ich messe das auf dem Parteitag in Rostock zu wählende Parteivorstandspersonal daran, ob sie Strategie- und Programmdebatte miteinander verknüpfen. Es geht um die Ablösung von Schwarz-gelb auf Bundesebene im Jahr 2013.

Das umfasst mehr als rot-rot-grüne Perspektiven, sondern auch Reformalternativen, die im gesellschaftlichen Diskurs verankert werden.

Interview: Renate Tepper

Die Hauptversammlung der LINKEN in Pankow wählte am 20. März ihre Delegierten für den Rostocker Bundesparteitag:
Elke Breitenbach, Heidi Knake-Werner, Sandra Brunner, Marion Seelig, Katja Haese, Klaus Lederer, Stefan Liebich, Gernot Klemm, Gert Cramer und Sören Benn.



Stammtisch

Spätromische Dekadenz

Wie Sie schon wissen, treffen wir, der Karl und ich, uns sonntags um neun Uhr beim Eisernen Gustav in Buchholz am Stammtisch, um die Weltrevolution voran zu treiben. So auch geschehen am 28. März. Da ich einige Minuten zu spät kam, war die Bestellung schon in Arbeit. Karl ließ mich kaum zum Sitzen kommen und begann sofort: „Nun läuft schon sechs Wochen die Diskussion um Hartz IV und die spätromische Dekadenz. Was ist darunter zu verstehen?“

Meine Gegenfrage: „Meinst du Hartz IV oder die spätromische Dekadenz?“

„Hartz IV habe ich selbst schon zwei Jahre genossen. Ich denke noch immer mit Grausen daran. Zwei Tage in der Woche Fleisch, am Donnerstag Pellkartoffel und Hering. Aber das Schlimmste für meine Kinder waren die Folgen, die sie in der Schule erlebt haben. Sie konnten

sich keine Markenklamotten leisten. Dafür wurden sie häufig gehänselt. Klär mich auf, was ist spätromische Dekadenz?“

„Das wurde zu meiner Zeit im Unterricht zur römischen Geschichte behandelt. Eindrucksvoll wurde das von meinem Geschichtslehrer mit dem folgenden Beispiel erläutert: Die Mächtigen in Rom lebten in Saus und Braus, von dem, was die Sklaven erarbeiteten, ohne selbst tätig zu werden. Essen bereitete ihnen eine besondere Freude. Sie schaukelten es solange in sich hinein, bis nichts mehr reinging. Dann nahmen sie eine Feder, kitzelten den Gaumen und das Ergebnis kannst du dir denken. Ein zweites Essen wurde aufgetragen.“

„Meint der Herr W., so leben die Hartz IV-Empfänger?“ „Nein, aber weiter ist Guido mit der Geschichte nicht gekommen. Er hat unterschlagen, dass diese Verhaltensweisen

zum Untergang des römischen Reiches beigetragen haben und es waren die Sklavenhalter und nicht wie in Deutschland die Ärmsten der Armen denen solches unterstellt wird. Solche Verhaltensweisen wurden als Dekadenz(Verfall) der Kultur bezeichnet.“

Karl konnte kaum an sich halten und unterbrach mich: „Als Oppositioneller im Bundestag hat Guido feurige Reden gehalten. Jetzt hat er den Boden menschlicher Moral verlassen. Oder meint er, dass auch der Untergang der Bundesrepublik unmittelbar bevorsteht? Dann hat er aber einiges verwechselt“. Prost.

Klaus Flemming



Hat uns gefreut Aus für Nazi-Kleiderkammer. Berlins ältester Neonazi-Shop „Harakiri“ in der Bornholmer Straße in Prenzlauer Berg ist geschlossen. Der Laden vertrieb nicht nur bei Neonazis beliebte Klamottenmarken, sondern war ein Ort, von dem Gefahr für Linke, Migranten und Homosexuelle ausging. Damit künftig erst gar keine solche Läden in Berlin öffnen können, hat die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (www.mbr-berlin.de) extra Klauseln für Gewerbemietverträge entwickelt, die durch Stadträte bei Vermietern verbreitet werden.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

8. April 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

12. April 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

19. April 18 Uhr
Basistag mit der Linksfraktion in der BVV Pankow zum Thema Mieten und Wohnen in der Bezirksgeschäftsstelle

19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

21. April 17.30 Uhr
Fortsetzung der 32. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) im BVV-Saal, Fröbelstraße 17, Haus 7

19.30 Uhr
Abgeordnetenstammtisch im Bildungsverein am Kreuzpfuhl, zu Gast: Udo Wolf, Vorsitzender der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in der Pistoriusstraße 24

24. April 10.00 Uhr
4. Tagung des 2. Landesparteitages „Öffentlich! Weils wichtig ist.“ In der Aula der Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36, Ecke Schlichtallee (Lichtenberg)

26. April 18 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

29. April 18 Uhr
„Wenig Hoffnung in Nahost“, Referent: Stefan Liebich, Mitglied des Bundestages,

in den Räumen der Hellen Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

1. Mai 14 Uhr
Maifest der LINKEN Pankow an der Bötzoweiche mit Hopse-Burg, Ulf und Zwulf und Tino Eisbrenner u.v.a.m., Am Friedrichshain, Ecke Bötzowstraße

3. Mai 17.30 Uhr
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

5. Mai 17.30 Uhr
33. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) im BVV-Saal, Fröbelstraße 17, Haus 7

10. Mai 18 Uhr
Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. März 2010
Druck: double express Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am **14. Mai 2010**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: „Mutter mit Kind“, Bronze-Plastik von Gerhard Rommel an der Walter-Friedrich-Straße, Ecke Wiltbergstraße in Buch

Linksfraktion in der BVV Pankow
Bezirksamt
Fröbelstraße 17, Haus 7,
Fraktionszimmer, Raum 109

DIE LINKE Pankow
Bezirksgeschäftsstelle
Kopenhagener Straße 76,
Nähe S und U Schönhauser Allee